

Zeitschrift: Wohnen
Band: 25 (1950)
Heft: 5

Artikel: Bauvorhaben für 7 Milliarden Franken
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-102179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

macht. Die einzelnen Bedarfsgruppen zeigen folgende Veränderungen.

	August 1939	März 1950	April 1950	Veränderung im Berichts- monat gegen- über dem Vor- monat in %
Nahrungsmittel	100	171,9	171,9	0
Heizung und Beleuchtung	100	137,1	137,0	— 0,1
Bekleidung	100	205,9	203,3	— 1,7
Miete	100	106,9	106,9	0
Reinigung	100	195,0	194,4	— 0,3
Verschiedenes	100	144,0	144,0	0
Total	100	158,1	157,5	— 0,4

Den größten prozentualen Rückgang weist die Gruppe «Bekleidung» auf, was auf Preisabschläge für die meisten Bekleidungsartikel zurückzuführen ist. Bei allen andern Gruppen liegen keine oder nur minimale Veränderungen gegenüber dem Vormonat vor. Wohl sind in der Gruppe der Nahrungsmittel die Eierpreise gesunken, doch wurde dies durch Preisaufläge für Kalbfleisch, Kartoffeln, Gemüse und Äpfel wieder wettgemacht, so daß die Gruppe, deren Anteilquote am Gesamtindex allein 40 Prozent ausmacht und also die weitaus wichtigste ist, im Gesamtergebnis keine Veränderung aufweist. gk

Bauvorhaben für 7 Milliarden Franken

Seit dem Jahre 1941 führt der Delegierte für Arbeitsbeschaffung, Direktor *Zipfel*, in regelmäßigen Zeitabständen Erhebungen über die Arbeitsgelegenheiten durch, die (ohne Rüstungsaufträge) Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Transportanstalten bereitgestellt oder vorbereitet haben. Das nunmehr veröffentlichte «Mehrjahresprogramm 1949» ist das fünfte dieser Reihe und gibt den Stand wieder, wie er sich im Herbst vorigen Jahres präsentierte. Leider gewinnt diese Publikation infolge der gewandelten Zeitumstände eine gewisse Aktualität, was man von ihren Vorgängern nicht ohne weiteres sagen konnte, da sich über der schweizerischen Wirtschaft noch bis vor kurzem ein wolkenloser Himmel wölbte. Heute sind die Perspektiven weniger ungetrübt, und wenn die beunruhigenden Erscheinungen sich zunächst auch auf einige Wirtschaftszweige beschränken, so ist der Glaube an einen ununterbrochenen Fortgang der Konjunktur doch gebrochen und fragt man sich in weiten Kreisen mit Besorgnis, ob es sich hierbei nicht um die ersten Vorzeichen einer Wirtschaftskrise handelt. Bereits hat diese Stimmung zu einer von Nationalrat Artur *Steiner* eingebrachten Interpellation im eidgenössischen Volksparlament geführt, die in der Frage gipfelte, welche Maßnahmen der Bundesrat zu treffen gedenke, um die Beschäftigung zu sichern. Zwar stellte Bundesrat *Rubattel* in seiner Antwort beruhigend fest, daß der Bundesrat das jetzige Ausmaß der Arbeitslosigkeit «noch nicht als beängstigend betrachte», verwies aber gelegentlich doch auf den neuesten Bericht Direktor *Zipfels*, eben das erwähnte «Mehrjahresprogramm 1949», was allein schon Grund genug wäre, diesem erhöhte Beachtung zu schenken. Wie aus dem Bericht hervorgeht,

verfügt die öffentliche Hand über einen sehr hohen Vorrat an Bauvorhaben. Insgesamt sind deren Kosten auf nahezu 7 Milliarden Franken veranschlagt.

Allerdings umschließt diese Summe sowohl baureife als noch nicht baureife, finanzierte als noch nicht finanzierte sowie projektierte und noch nicht projektierte Bauobjekte. Zieht man nur die baureifen Objekte in Betracht, so gelangt man zu einem Betrag von rund 2,8 Milliarden Franken, von denen 1,2 Milliarden bereits finanziert sind, während 1,6 Milliarden noch der Finanzierung harren. Projektiert sind Bauvorhaben im Betrage von 1,8 Milliarden, noch nicht in Projektierung gezogen sind Bauvorhaben im Betrage von 2,3 Milliarden Franken.

Nach *Auftraggebern* gliedert sich das Mehrjahresprogramm 1949 wie folgt:

Bund (ohne Armeebauten)	1343,7 Mill. Fr.
Kantone	2153,6 Mill. Fr.
Gemeinden, private Elektrizitätswerke	3331,8 Mill. Fr.
Privatbahnen	115,8 Mill. Fr.

Rund die Hälfte der für das Mehrjahresprogramm gemeldeten Bauvorhaben entfällt somit auf die Gemeinden und privaten Elektrizitätswerke. Ihnen folgen die Kantone und der Bund mit Anteilen von 31 und 19 Prozent des Totals der Bauvorhaben.

Rund 70 Prozent aller Bauvorhaben zusammen entfallen auf den *Tiefbau* mit einem Gesamtbetrag von 4,8 Milliarden; der Rest der Projekte betrifft Projekte des Hochbaus. Unter den bereits finanzierten Bauobjekten beanspruchen die des Tiefbaus 881 363 000 und die des Hochbaus 300 164 000 Franken. Wie der Bericht zu diesen Erhebungsergebnissen erläuternd bemerkt, waren für das Mehrjahresprogramm nur die für 1951 und die folgenden Jahre zur Ausführung vorgesehenen Bauvorhaben zu melden und sind die Bauvorhaben, die 1950 begonnen und vollendet werden, nicht berücksichtigt. Von der Größenordnung aller Bauvorhaben der öffentlichen Hand kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man erfährt, daß das gesamte normale Bauvolumen der Schweiz auf etwa 2 Milliarden veranschlagt werden kann, und daß die früher als Reserve für eine länger dauernde Arbeitslosigkeit bezeichneten, in Projektierung befindlichen Arbeiten sich auf 1,8 Milliarden belaufen. Andererseits lautete das Verhältnis zwischen Hochbau und Tiefbau im normalen privaten und öffentlichen Gesamtbauvolumen, wie es für 1948 durch den Delegierten für Arbeitsbeschaffung ermittelt wurde, auf 77 Prozent für den Hochbau und 23 Prozent für den Tiefbau, was den Berichtsverfasser zu dem folgenden, nachdenklich stimmenden Hinweis veranlaßt: «Bei einer anteilmäßigen Zunahme der Bautätigkeit der öffentlichen Hand aus Gründen der Arbeitsbeschaffung dürfte daher das normale Verhältnis zwischen Tiefbau und Hochbau gestört werden, mit der Wirkung, daß die besonders auf den Hochbau ausgerichteten Sparten des Baugewerbes aus den zusätzlichen Aufträgen der öffentlichen Hand nicht genügend Beschäftigung erhalten. Es wird deshalb notwendig sein, im Falle von Arbeitslosigkeit neben einem erhöhten Auftragsvolumen der öffentlichen Hand auch Sonderaktionen, wie die Hotelerneuerung oder Umbau- und Reparaturaktionen, auszulösen, die besonders dem Hochbaugewerbe vermehrte Arbeit bringen.»

«Bau- und Holzarbeiterzeitung»